

Kuntze, Oscar-Erich

Article

Niederlande: Teuerungsschub durch Steuerreform

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Kuntze, Oscar-Erich (2001) : Niederlande: Teuerungsschub durch Steuerreform, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 54, Iss. 06, pp. 46-52

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/163615>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Starkes Wirtschaftswachstum im Jahre 2000. Konjunkturelle Verlangsamung 2001. Neuerliche Erholung 2002. Geldpolitik wirkt leicht restriktiv. Finanzpolitik trotz Budgetüberschuss deutlich expansiv. Große Steuerreform 2001. Einkommenspolitik wird fortgesetzt. Kräftiger Preisanstieg. Anhaltende Spannungen auf dem Arbeitsmarkt bei niedriger Arbeitslosenquote. Weiterhin beträchtliche Überschüsse der Leistungsbilanz.

Das soziale und politische Umfeld wird heuer dominiert von den 2002 stattfindenden Parlamentswahlen sowie von den Spannungen ausgesetzten Einkommenspolitik.

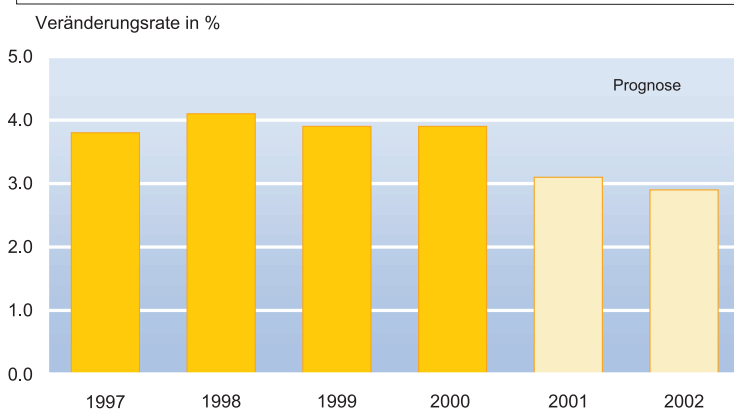
Die Regierungsarbeit der aus der Partij van de Arbeid (PvdA), der Volkspartij voor de Democratie (VVD) und den Democraten 66 (D66) gebildeten Regenbogenkoalition »Violet II« fand im vorigen Jahr wieder in ruhigem Fahrwasser statt, nachdem die Regierungskrise von Mitte 1999 gemeistert worden war. Bereits jetzt werfen aber die im Mai 2002 fälligen **Wahlen zur Zweiten Kammer des Parlaments** (vergleichbar dem Deutschen Bundestag) ihre Schatten voraus. Seit kurzem herrscht nämlich im Vorfeld der Beratungen über den Staatshaushalt 2002 heftiger Streit zwischen den Parteien über höhere Staatsausgaben. Auslöser war eine drastisch, und vermutlich übertrieben, herunterrevidierte Schätzung des Finanzministers Zalm von der VVD bezüglich des Wirtschaftswachstums im laufenden Jahr. Damit würde der Spielraum für zusätzliche Ausgaben in 2002 erheblich eingeengt. Nun wollen

sich aber die Parteien angesichts voller Staatskassen mit Forderungen nach zusätzlichen Ausgaben etwa für Gesundheitsversorgung, Bildung, Umwelt und innere Sicherheit für den kommenden Urnengang profilieren. Das gilt auch für die Koalitionspartner PvdA und D66. Sie scheuen sich dabei nicht, die Basis des finanzpolitischen Konsolidierungskurses und damit einen Eckpfeiler des Koalitionsabkommens zur Disposition zu stellen. Hierauf drohte die VVD mit einer Regierungskrise. Da eine solche kaum im Interesse der Regierungsparteien liegt, hat Ministerpräsident Wim Kok gute Chancen, den Etat 2002 über die Klippen der Profilierungsversuche zu bringen und die Koalition bis zum Ende der Legislaturperiode weiter zu führen.

Auch die **Einkommenspolitik**, das bewährte und vielgerühmte »Poldermodell«, ist wieder erheblichen Spannungen ausgesetzt, nachdem erst Anfang 2000 eine längere Krise überwunden worden war. Ein stark angespannter Arbeitsmarkt und überplanmäßiger Preisanstieg haben dazu geführt, dass die in dem bis 2002 laufenden Sozialpakt fixierten Vereinbarungen über mäßige Lohnaufbesserungen nicht eingehalten werden. Außerdem stoßen sich die Gewerkschaften seit längerem an den seit einiger Zeit nach anglo-amerikanischem Vorbild vielfach stark erhöhten Bezügen von Unternehmensführungen.

Mehrere wichtige Klarstellungen über das Ökonomische hinaus enthielt die jährliche, von der Regierung verfasste, **Thronrede der Königin** vom September 2000. Festgehalten wurde unter anderem, dass die Kompetenzen der Monarchin nicht eingeschränkt werden sollen, wie das etwa der Fraktionsvorsitzende der D66 gefordert hatte. Hingewiesen wurde im Zusammenhang mit dem seit Anfang 2001 gel-

Reales Bruttoinlandsprodukt



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

tenden, u.a. die Bearbeitung von Asylanträgen verkürzen, neuen Ausländergesetz auf die Wichtigkeit einer Beherrschung der niederländischen Sprache durch Einwanderer (was vor nicht allzu langer Zeit in der öffentlichen Diskussion noch umstritten war). Ferner wurde unterstrichen, dass Europa nicht länger Ausland, sondern die Zukunft des Landes sei. In diesem Zusammenhang wurde eine aktivere Rolle der EU bei der Bewältigung von Konflikten außerhalb Westeuropas für wünschenswert erklärt.

Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2000

Die **weltwirtschaftlichen Rahmendaten** stellten sich wie folgt dar: In den **USA** stieg das reale Bruttoinlandsprodukt um rund 5%. In **Japan** erhöhten sich Nachfrage und Produktion um ca. 1 1/2%. In **Mitteleuropa** expandierte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um ungefähr 3 3/4%. In **Westeuropa** nahm das reale Bruttoinlandsprodukt um fast 3 1/2% zu; in der EU und im Euro-Raum stieg es in ungefähr gleichem Maße und in Deutschland um 3,1%. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** betrug in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt 28,3 US-Dollar pro Barrel; gegenüber 1999 entspricht das einer Erhöhung um 56,4%. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) verteuerten sich gegenüber 1999 auf Dollar-Basis um rund 7%. Das Volumen des **Welthandels** expandierte in einer Größenordnung von 12%.

In den **Niederlanden** erreichte der seit 1996 laufende Aufschwung mit dem Boomjahr 2000 eine seit 50 Jahren nicht mehr registrierte Dauer sowie eine Dynamik, die deutlich höher war als beim Gros der westeuropäischen Volkswirtschaften. Im gleichen Jahr begann aber auch das Ende der Hochkonjunktur: Seit dem Spätsommer erhöhen sich Nachfrage und Produktion weniger rasch. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** nahm vorläufigen Berechnungen zufolge um knapp 3,9% zu; das war erheblich mehr als die mit fast 2 1/2% anzusetzende Erhöhung des Produktionspotentials. Folglich hatte diese hohe Expansionsrate auch ihre Schattenseiten in Form unübersehbarer Überhitzungserscheinungen. Die Spannungen auf dem ohnehin schon unter Arbeitskräftemangel leidenden Arbeitsmarkt verschärften sich und verursachten übersetzte Lohnerhöhungen sowie eine Beschleunigung der Kerninflation. Die Leistungsbilanz blieb indes hoch aktiv. Der Boom wurde von der Wirtschaftspolitik sowie dem sehr günstigen weltwirtschaftlichen Umfeld stimuliert und von allen großen Komponenten auf der Nachfrageseite getragen. Das galt insbesondere für den Export und die Bruttoanlageinvestitionen.

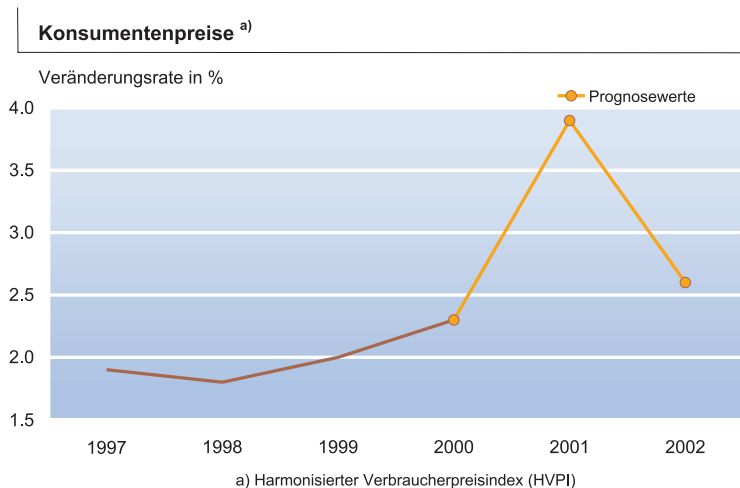
Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen erwies sich erneut als der dynamischste Treibsatz der Konjunktur, zumal die Preise wettbewerbsfähig blieben. Die Zuwachsrate betrug 9,1%. Im Zuge des starken Aufschwungs in Ost-/Südostasien sowie in Nordamerika erhöhten sich die Lieferungen

in diese Regionen überdurchschnittlich. Zusätzliche Schubkraft kam von der weiteren kräftigen Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar. Sehr lebhaft war auch der Absatz in West- und Mitteleuropa, getragen von der günstigen Konjunktur, aber auch vom Lageraufbau, von dem die in den Niederlanden stark ausgebaute Basischemie erheblich profitierte. Andererseits expandierte der Auslandsabsatz von Agrarprodukten und Nahrungsmitteln, auf den ein im westeuropäischen Vergleich traditionell hoher Anteil am Export entfällt, deutlich unterdurchschnittlich. Infolgedessen war die Ausweitung der Warenausfuhr geringer als die Zunahme des Welthandelsvolumens. Die **Einfuhr** ist mit 8,9% etwas rascher als der Export gestiegen. Die **Leistungsbilanz** dürfte in Relation zum BIP ein nur wenig geringeres Aktivum (ca. 5 1/4%) als 1999 ausgewiesen haben. Zwar trat auch hier infolge der Dollaraufwertung und der gestiegenen Erdöl- und Rohstoffpreise eine Verschlechterung der Terms of Trade ein. Diese hielt sich jedoch in engen Grenzen, da die Niederlande bei Erdgas nicht nur Selbstversorger sind, sondern diesen Energieträger auch noch in großem Umfang exportieren.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** werden um 3,4% ausgeweitet. In ähnlicher Größenordnung expandierten auch die Unternehmensinvestitionen. Denn die Absatz- und Ertrags-erwartungen blieben sehr optimistisch. Die Finanzierungsmöglichkeiten waren günstig (der Cash-flow niederländischer Unternehmen ist im langfristigen internationalen Vergleich hoch), und die Auslastung der Kapazitäten lag in der verarbeitenden Industrie im Jahresdurchschnitt mit 84,7% über dem langfristigen Mittel. Demgegenüber entwickelte sich der Wohnungsbau relativ schwach, wenn auch lebhafter als 1999. Am stärksten hat die öffentliche Hand ihre Investitionen ausgeweitet, womit sie vom begrüßenswerten und jahrelang befolgten Prinzip des stetigen Investitionsanstiegs abging.

Der **private Konsum** hat sich mit 3,7% wiederum stärker erhöht als die realen verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte. Die Reallöhne stiegen infolge des weitgehend extern bedingten Teuerungsschubs etwas langsamer, und die Beschäftigung wurde nicht mehr ganz so stürmisch ausgeweitet. Die kräftig gestiegenen Immobilienpreise und Aktienkurse haben die Verbraucher veranlasst, die Gewinne teilweise zu realisieren und zu konsumieren. Teilweise wurden aber auch mehr Schulden gemacht, so dass die Sparquote trotz steigender Zinsen weiter sank – wenn auch nicht um rund 3 Prozentpunkte wie 1999. Dabei mag der Blick auf die für das Jahr 2002 avisierte kräftige Steuersenkung ebenfalls eine Rolle gespielt haben. Der **öffentliche Verbrauch** ist um 3,1% ausgeweitet worden.

Auf dem **Arbeitsmarkt** haben sich infolge der boomenden Konjunktur die seit längerem bestehenden Spannungen noch verschärft, obwohl die Zahl der Beschäftigten um annähernd



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

2 $\frac{1}{2}$ % zunahm. Die Arbeitslosenquote ging im Jahresdurchschnitt auf 2,6% zurück. Damit herrschte erstmals seit Mitte der siebziger Jahre nicht nur Voll-, sondern Überbeschäftigung. Denn die Nachfrage nach – vor allem qualifizierten – Arbeitskräften, konnte vielfach nicht befriedigt werden. Im Herbst erklärten rund 10% der Unternehmen aus Industrie und Bauwirtschaft, dass die Produktion aufgrund von Arbeitskräftemangel nicht wie gewünscht erhöht werden konnte.

Vor allem bedingt durch den fortgesetzt kräftigen Aufschwung – er ließ die Kerninflation etwas rascher steigen –, aber auch infolge der Import- und Energieverteuerungen sowie erhöhter indirekter Steuern (u.a. der Ökosteuern) beschleunigte sich der Preisanstieg zeitweilig spürbar. Dies, obwohl die Preise auf vielen Gebieten aufgrund von Deregulierungen gesunken sind. Im Jahresdurchschnitt stiegen die **Konsumentenpreise** mit 2,3% neuerlich stärker als im westeuropäischen Mittel.

Wirtschaftspolitik

Anders als in den meisten westeuropäischen Ländern werden von der Wirtschaftspolitik im laufenden Jahr immer noch Impulse ausgehen. Während die Geldpolitik leicht bremst, wird die Finanzpolitik kräftig stimulieren. Die Einkommenspolitik stellt weiter auf moderate Lohnsteigerungen ab. Mit fortschreitender Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar, dem Pfund Sterling sowie dem Yen wird die preisliche internationale Wettbewerbsfähigkeit weniger günstig.

Die **Geldpolitik** der Europäischen Zentralbank (EZB) wurde vom Herbst 1999 bis zum Oktober 2000 sukzessiv gestrafft. Ihr Hauptrefinanzierungssatz stieg von 2,5% auf 4,75%. Schon kurz darauf entspannte sich die Lage auf dem Geldmarkt aber wieder. So mussten für Dreimonatsgeld zuletzt

nur noch 4,8% gezahlt werden, nach reichlich 5,1% Anfang November 2000. Kurzfristige Finanzierungen blieben damit – egal, ob man auf die Taylor-Regel, den langfristigen Durchschnitt oder den Realzins rekurriert – immer noch günstig. Auch die Renditen langlaufender Staatsanleihen sind während des vierten Quartals 2000 wieder gesunken und lagen zuletzt sogar unter dem Niveau der Referenzperiode 1999. Dies weist darauf hin, dass die EZB aufkommende Inflationserwartungen dämpfen konnte. Das Anziehen der geldpolitischen Zügel bewirkte zudem einen verlangsamten Anstieg der Geldmenge M3. Diese lag jedoch im Januar 2001 um 4,8% und damit nach wie vor spürbar über den als jahresdurchschnittlichen Referenzwert vorgegebenen 4,5%; im

Jahresdurchschnitt 2000 betrug die Zunahme, wie bereits 1999, 5,6%. Liquidität ist also reichlich vorhanden, selbst wenn sich die Geldmengenexpansion weiter der Zielgröße nähert.

Zum Drehen an der Zinsschraube sah sich die **EZB** durch die deutlich über der Ausweitung des Produktionspotentials liegende gesamtwirtschaftliche Expansion im Euro-Raum, die konjunkturelle Überhitzung in einigen Ländern sowie den ölpreis- und wechselkursbedingten Teuerungsschub bewegen. Die Abschwächung nicht nur der Weltkonjunktur, sondern auch des Wirtschaftswachstums in Westeuropa, die gesunkenen Ölpreise und der zuletzt deutlich verlangsamte Preisauftrieb lassen nicht erwarten, dass die EZB ihren Schlüsselzins weiter anheben wird. Auch hat sich der Euro, nach ausgeprägter Abwertung gegenüber dem US-Dollar, dem Yen und dem Pfund Sterling ab Anfang 1999, seit Ende Oktober 2000 deutlich aufgewertet. Die eindrucksvolle Wende der Kursentwicklung war zunächst durch multilaterale Interventionen an den Devisenmärkten (anschließend jedoch allein seitens der EZB), zunehmend aber von den ungünstigen Unternehmens- und Konjunkturmeldungen aus den USA sowie aus Japan ausgelöst worden. In die gleiche Richtung wirkten auch die beiden Leitzinssenkungen in den USA um insgesamt einen Prozentpunkt auf 5,5% Anfang 2001.

Trotz dieser Lockerung und bei gegenüber 2000 unverändertem Geldmengenziel dürfte die **EZB ihren Leitzins** zumindest so lange unverändert lassen bis erkennbar ist, dass die konjunkturellen Spannungen im Euro-Raum (vor allem aber in den besonders lebhaft expandierenden Volkswirtschaften) deutlich schwächer werden, die Preise verhalten steigen, nennenswerte Zweitrundeneffekte des zurückliegenden Teuerungsschubs bei den Löhnen ausbleiben und sich der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar weiter erhöht oder zumindest tendenziell stabil bleibt. Dieser Zeitpunkt wird kaum vor dem Sommerhalbjahr 2001 eintreten. Bis dahin

dürfte die Zentralbank der USA ihren Schlüsselzins weiter zurückgenommen haben. Sollte sich zudem die Konjunktur in den USA noch längere Zeit schwach entwickeln und die Weltwirtschaft merklich an Schwung verlieren, könnte die EZB ihren Leitzins dann ebenfalls herabsetzen. Die schon jetzt sehr flache Zinsstruktur im Euro-Raum würde einen solchen Schritt rechtfertigen. Da monetäre Kursänderungen mit Verzögerung wirken, sind Impulse für die westeuropäische Konjunktur kaum vor Mitte 2002 zu erwarten.

Die EZB hatte sich seit 1999 nicht nur **Geldmengenziele** vorgegeben, sondern auch ein **Inflationsziel** festgelegt. Mittelfristig soll der Harmonisierte Verbraucherpreisindex HVPI um weniger als 2% p.a. steigen. Ende 2000 ergänzte sie diese Vorgaben um **Inflations- und Wachstumsprojektionen für den Euro-Raum**, von denen verschiedentlich befürchtet wird, sie könnten die Geldmengenorientierung aufweichen oder gar ablösen. Für 2001 wurde für den Preisanstieg eine Marge von 1,8% bis 2,8% (für 2002 von 1,3% bis 2,5%) unterstellt; dem unteren Bereich dürfte die Preisentwicklung nicht vor Mitte dieses Jahres nahe kommen. Das Wirtschaftswachstum wird sich heuer vermutlich auf eine nicht weit vom unteren Rand der hierfür projizierten Spanne von 2,6% bis 3,6% (2,5% bis 3,5% im Jahre 2002) liegende Rate abschwächen. Dies spräche ebenfalls für eine Zinssenkung im laufenden Jahr.

Die **Finanzpolitik** wird die Konjunktur im laufenden Jahr stimulieren, da die große, heuer in Kraft gesetzte Steuerreform per Saldo eine Steuerentlastung im Umfang von ungefähr 1/2% des BIP bringt, weitestgehend konzentriert auf die privaten Haushalte. Die dank konjunkturbedingt reichlich sprudelnder Steuereinnahmen und auf Sparsamkeit bedachte Ausgabenpolitik (u.a. sinkende Zinsaufwendungen und Sozialleistungen) sehr komfortable Finanzlage des Staates erlaubt nicht nur diese zur Stärkung der wirtschaftlichen Wachstumskräfte begrüßenswerte Maßnahme, sondern auch eine weitere Konsolidierung der öffentlichen Finanzen. Allerdings kommt die bereits vor längerer Zeit beschlossene Steuerreform zur Unzeit. Erstens verhindert sie durch eine großzügige Steuerentlastung, dass sich die überhitzte Konjunktur in gebotenem Maße abkühlt. Und zweitens führt sie infolge der kräftigen Anhebung des Normalsatzes der Mehrwertsteuer zu einem durchaus unerwünschten Teuerungsschub. Der **Staatshaushalt 2002** dürfte mit Blick auf die Parlamentswahlen im Mai kommenden Jahres kaum konjunkturneutral konzipiert werden; gleichwohl ist mit einer weiteren Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zu rechnen. Eine Quantifizierung fällt derzeit schwer, da gewichtige Kräfte in den Koalitionsparteien Wahlgeschenke verteilen und hierzu beim Etat 2002 von der seit 1996 die Finanzpolitik bestimmende und die Basis der eindrucksvollen Fortschritte bei der Konsolidierung der Staatsfinanzen bildende, sog. **Zalm-Norm** (benannt nach dem derzeitigen Finanzminister) abgehen wollen. Diese besagt erstens, dass die Ausgaben im öffentli-

chen Sektor unabhängig von der konjunkturellen Entwicklung jährlich real um 0,7% sinken sollen. Zweitens sollen Steuererhöhungen gleichermaßen für die Tilgung der Staatsschulden und zu Steuersenkungen verwendet werden. Damit diese Überschüsse zustande kamen, basierten die Budgets der letzten Jahre auf Prognosen des Wirtschaftswachstums, die mit jeweils 2,25% unrealistisch niedrig waren.

Der **Etat 2001** sieht trotz der Steuerentlastung einen Überschuss vor. Dieser ist mit 0,7% des BIP budgetiert. Damit dürfte sich das Aktivum der öffentlichen Haushalte insgesamt auf etwa 1% des BIP belaufen. Die gesamte Staatsverschuldung soll auf 52,7% des BIP zurückgehen. Die Steuerlast wird um insgesamt 3 Mrd. Euro verringert. Außerdem hat man die Prämien für die Arbeitslosenversicherung herabgesetzt. Damit wird der mit der EU-Kommission vereinbarte mittelfristige Konsolidierungsplan schon vorzeitig weit übererfüllt. Um die Besteuerung der Arbeitseinkommen um 15,5 Mrd. HFL senken zu können, sind die Besteuerung von Kapital sowie die Ökosteuer auf Energie (sie wird über mehrere Jahre hinweg verdoppelt) erhöht und der Normalsatz der Mehrwertsteuer von 17,5 auf 19% heraufgesetzt worden. Zudem wurden die Abschreibungsmöglichkeiten erheblich eingeschränkt.

Anfang 2001 trat die seit Jahren geplante **große Steuerreform** in Kraft. Sie soll durch steuerliche Entlastungen u.a. die Gewerkschaften im Gegenzug zu moderaten Lohnforderungen bewegen und dadurch die Niederlande als Wirtschaftsstandort attraktiver machen; wie in den meisten anderen westeuropäischen Ländern auch, steht die Finanzpolitik also im engen Zusammenhang mit der Einkommenspolitik. Die Reform gilt unter steuersystematischen Gesichtspunkten als das bedeutendste Projekt dieser Art seit 1945. Es sieht Umschichtungen des Steueraufkommens von reichlich 10 Mrd. Euro vor. Außerdem beinhaltet es eine grundlegende Vereinfachung des Steuersystems. Seit Anfang 2001 gilt ferner ein »Drei-Boxen-System« für die Einkommensteuer. Für Arbeitseinkommen und Mieteinnahmen (Box 1) sinkt der Stufentarif von 6,2% bis 60% auf 3,2% bis 50%. Einkommen aus Firmenbeteiligungen von über 5% (Box 2) werden linear mit 25% besteuert. Box 3 sieht für die erste Gewinntranche der Körperschaftsteuer einen Steuersatz von 30% nach bisher 35% vor. Die bisherige Vermögensteuer ist durch eine ebenfalls lineare Besteuerung von 1,2% ersetzt worden, basierend auf der Annahme einer fiktiven Rendite von 4%, von der 30% als Steuer abgehen. Auch wurde der bisherige Grundfreibetrag durch einen für alle Arbeitnehmer geltenden Steuerabzug ersetzt, der individuell erhöht werden kann. Und schließlich wird die in den anderen westeuropäischen Ländern ebenfalls zu beobachtende weitere Verschiebung der Steuerlast von den direkten zu den indirekten Steuern durch die Anhebung des Normalsatzes der Mehrwertsteuer um eineinhalb Prozentpunkte verstärkt.

Für die **Einkommenspolitik** bleibt das korporatistische, auf dem 1982 zwischen Regierung, Gewerkschaften und Arbeit-

geberorganisationen geschlossenen »Akkord van Wassenaar« basierende »Poldermodell« (benannt nach dem Zusammenwirken aller gesellschaftlichen Gruppen beim Bau, der Entwässerung und dem Urbarmachen von Eindeichungen) bestimmend. Auf diesen Sozialpakt, dessen praktische Umsetzung in aufeinander folgenden mehrjährigen Abkommen erfolgt, ist die Überwindung der »Dutch disease« der siebziger Jahre und die seitherige eindrucksvolle ökonomische Gesundung ganz wesentlich zurückzuführen. Seit Mitte der achtziger Jahre gilt u.a. im Grundsatz, dass die Reallöhne in den Niederlanden langsamer steigen sollen als in Deutschland. Die derzeitige trilaterale Vereinbarung wurde Ende 1997 verabschiedet mit Gültigkeit bis Ende 2002. Als Gegenleistung für weiterhin moderate Lohnsteigerungen stecken die Unternehmen mehr Geld in die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter und zeigen sich in puncto Arbeitszeitflexibilisierung und Teilzeitarbeit für Modifikationen im Sinne der Gewerkschaften aufgeschlossen. Die Regierung leistet ihren Part, indem sie die weitere Konsolidierung der öffentlichen Haushalte mit einer Verringerung der Steuer- und Abgabenbelastung von Unternehmen und privaten Haushalten fortsetzt. Seit Herbst 1998 ist die Einkommenspolitik jedoch erheblichen Spannungen ausgesetzt. Dies nicht nur, weil die Löhne weniger moderat steigen als von Gewerkschaften und Unternehmern zugesagt, sondern auch, weil die Bezüge der Unternehmensführungen nach anglo-amerikanischem Vorbild vielfach äußerst stark erhöht worden sind. Außerdem konnte die für den Anstieg der Reallöhne geltende Faustregel in den letzten Jahren nicht mehr eingehalten werden.

Der Teuerungsschub zu Beginn dieses Jahres hat das Risiko einer schneller rotierenden Lohn-Preis-Spirale erhöht. Allerdings wird heuer nur rund die Hälfte aller Lohntarifverträge neu verhandelt; und die meisten Gewerkschaftsverbände halten sich bei ihren Forderungen an die vom Dachverband empfohlenen 4%.

Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2001

Als **weltwirtschaftliche Rahmendaten** werden angenommen: In den **Vereinigten Staaten** erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um ungefähr $1\frac{3}{4}\%$. Die gesamtwirtschaftliche Erzeugung expandiert in **Japan** um etwa 1%. In **Mitteleuropa** nehmen Nachfrage und Produktion um knapp $3\frac{1}{2}\%$ zu. In **Westeuropa** wird das reale Bruttoinlandsprodukt um ca. $2\frac{1}{2}\%$ ausgeweitet; für die EU und den Euro-Raum sind etwa gleiche Raten zu erwarten, während die Zunahme in Deutschland weniger beträgt. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern im Schnitt des Jahres bei 25,5 US-Dollar pro Barrel. Die Preise für **Industrierohstoffe** (ohne Öl) sinken auf Dollar-Basis unter das Niveau des Jahres 2000. Der **Wechselkurs des Euro** bewegt sich im Laufe des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 0,90 bis 1 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** steigt in einer Größenordnung von 7%.

In den **Niederlanden** schwächt sich das Wirtschaftswachstum trotz der insgesamt expansiven Wirtschaftspolitik zunächst weiter ab, worauf auch die jüngsten Ergebnisse von Unternehmensbefragungen hindeuten. Denn das erheblich weniger günstige weltwirtschaftliche Umfeld dämpft die Zunahme des Exports spürbar, zumal sich der Euro gegenüber dem US-Dollar, dem Pfund Sterling und dem Yen weiter aufwertet. Auch expandiert die Inlandsnachfrage langsamer. Da zu Beginn dieses Jahres ein beträchtlicher Überhang besteht, dürfte das **reale Bruttoinlandsprodukt** mit rund 3% immer noch eine hohe und wiederum merklich über dem westeuropäischen Durchschnitt liegende Rate aufweisen. Dabei werden sich die Spannungen auf dem Arbeitsmarkt etwas verringern, und die Arbeitslosenquote bleibt niedrig. Nach dem Teuerungsschub zu Jahresanfang wird der Preisauftrieb allmählich langsamer. Die Leistungsbilanz dürfte in Relation zum BIP mit einem gegenüber 2000 fast halbierten Überschuss abschließen.

Veränderungsraten des realen BIP und seiner Komponenten

– in % –

	1999	2000 ^{p)}	2001 ^{a)}			2002 ^{a)}	
			CPB ^{b)}	EU ^{c)}	OECD ^{d)}	EU ^{c)}	OECD ^{d)}
Bruttoinlandsprodukt	3,9	3,9	3,5	4,0	3,9	3,5	3,4
Inlandsnachfrage	4,2	3,4	3,3	4,1	3,8	4,0	3,4
Privater Verbrauch	4,4	3,7	4,0	4,3	4,3	4,2	3,5
Staatsverbrauch	2,5	3,1	2,3	2,5	2,3	2,1	2,5
Bruttoanlageinvestitionen	6,5	3,4	3,4	5,4	4,1	5,0	4,3
Exporte ^{e)}	5,6	9,1	7,5	7,8	9,3	6,6	6,8
Importe ^{e)}	6,3	8,9	7,5	8,3	9,6	7,5	7,1
Industrieproduktion	1,4	3,6	n.a.	n.a.	4,5	n.a.	3,0
Konsumentenpreise	2,0	2,3	4,2	3,9	4,1	2,8	2,5
Arbeitslosenquote	3,3	2,6	3,2	2,3	2,5	2,1	2,3
Leistungsbilanz ^{f)}	5,6	4,7	6,0	4,4	5,2	4,6	5,1
Finanzierungssaldo des Staates ^{f)}	1,0	1,8	1,1	0,6	1,0	1,6	1,3

^{p)} Vorläufige Daten. – ^{a)} Schätzungen. – ^{b)} Centraal Planbureau, s' Gravenhage, vom November 2000. – ^{c)} Kommission der EU, Brüssel, vom Oktober 2000. – ^{d)} Organisation for Economic Cooperation and Development, Paris, vom November 2000. – ^{e)} Güter- und Dienstleistungen. – ^{f)} In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen (ca. $6\frac{1}{2}\%$) weist zwar weiter die höchste Veränderungsrate aus, verliert jedoch bis weit in das laufende Jahr hinein an Schwung; erst gegen Ende 2001 ist eine Erholung zu erwarten, ausgehend von der wieder etwas dynamischeren Weltkonjunktur. Ursachen sind neben der flauen Konjunktur in den USA und dem weniger lebhaften Wirtschaftswachstum in den asiatischen Schwellenländern auch die langsamere konjunkturelle Gangart in Westeuropa (dorthin gehen etwa vier Fünftel des Warenexports). Erschwerend wirkt dabei der Abschwung des Lagerzyklus, denn hiervon werden die Auslandslieferungen u.a. der stark ausgebauten Grundstoffchemie besonders tangiert. Dämpfend wirkt ferner die allmähliche weitere Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar, wiewohl der Wechselkurs immer noch günstig bleibt. Und schließlich werden sich die Lohnstückkosten erneut stärker erhöhen als im westeuropäischen Durchschnitt. Der **Import** expandiert in annähernd gleichem Ausmaß wie die Ausfuhr. Bei verbesserten Terms of Trade dürfte die **Leistungsbilanz** mit einem etwas niedrigeren Überschuss als im Vorjahr abschließen.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** nehmen um etwa $3\frac{1}{4}\%$ zu. Im Verlauf bedeutet dies eine spürbar verlangsamte Steigerung, u.a. bedingt durch die höheren Zinsen. Das gilt auch für die Ausrüstungsinvestitionen, die allerdings immer noch überdurchschnittlich expandieren. Hier bremsen die weniger günstigen Absatz- und Ertragsaussichten, wesentlich bedingt durch die nicht mehr so lebhafteste Weltkonjunktur und die spürbar steigenden Lohnstückkosten. Diese Entwicklung, zusammen mit dem anhaltenden Mangel an Arbeitskräften verstärkt jedoch die Tendenz zur Forcierung der Rationalisierungsinvestitionen. Andererseits wird in die Erweiterung der Anlagen nicht mehr so dynamisch investiert wie bisher, zumal deren Auslastung zurückgeht. Bei den Bauinvestitionen ist ebenfalls eine langsamere Gangart zu erwarten. Höhere Zinsen, demographische Faktoren, schwächer steigende Immobilienpreise sowie die verteuerten Bauleistungen dämpfen die Zunahme im Wohnungsbau. Auch der gewerblich-industrielle Bau verliert an Tempo. Im Rahmen seines umfänglichen Bauprogramms 2000/2006 dürfte der Staat seine Bauinvestitionen mit Blick auf die Parlamentswahlen 2002 zwar spürbar, aber längst nicht so sprunghaft erhöhen wie im vergangenen Jahr.

Auch der **private Konsum** hat die Phase außerordentlich starken Wachstums hinter sich, obwohl er von den Steuerensenkungen kräftig stimuliert wird. So ist der Index des auf der Basis von Verbraucherbefragungen erhobenen Konsumklimas Anfang 2001 kräftig gefallen. Allerdings bewegt er sich auch jetzt noch auf dem hohen Niveau der lebhaften Verbrauchsentwicklung 1987/91 und noch wesentlich über dem Durchschnitt der neunziger Jahre. Zunehmend wirkt sich die langsamer wachsende Beschäftigung und die allmähliche Entspannung auf dem Arbeitsmarkt aus. Auch ist mit den stark gesunkenen Aktienkursen das zur

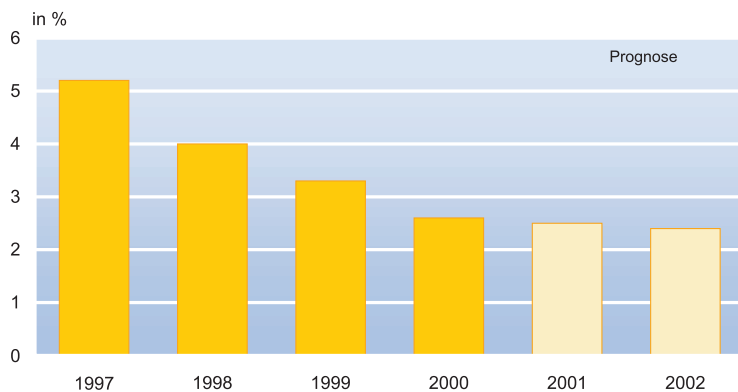
Verschuldung verleitende Wohlstandsgefühl im Vergleich zu den vergangenen Jahren sehr viel weniger ausgeprägt, in denen sich die Niederländer im westeuropäischen Vergleich überdurchschnittlich auf den Aktienmärkten engagiert hatten. Und schließlich muss die während des Booms erheblich gestiegene Verschuldung der Konsumenten (Verbraucher Kredite und Hypotheken) nun höher verzinst werden. Auch straffen die Banken ihre Standards bei Hypotheken und Verbraucher Krediten im Zuge der konjunkturellen Verlangsamung, nachdem diese unter dem Druck des Wettbewerbs während der vergangenen Jahre recht lasch geworden waren. Der private Konsum dürfte um knapp $3\frac{1}{4}\%$ ausgeweitet werden. Der **öffentliche Verbrauch** nimmt um rund $2\frac{1}{2}\%$ und damit ebenfalls etwas verhaltener zu als im Jahre 2000.

Auf dem **Arbeitsmarkt** bleibt die Knappheit an – vor allem qualifiziertem – Personal bei weiter steigender Erwerbsquote vielfach weiter spürbar. Doch die Spannungen lassen allmählich nach. Die Beschäftigung nimmt verlangsamt zu, und die Arbeitslosigkeit sinkt kaum noch. Die Arbeitslosenquote dürfte im Schnitt des Jahres bei knapp $2\frac{1}{2}\%$ liegen.

Der Verbraucherpreisindex hat Anfang 2001 einen kräftigen Sprung gemacht. Denn der Normalsatz der Mehrwertsteuer wurde von 17,5% auf 19% heraufgesetzt und die Ökosteuer auf Energie weiter erhöht. Die zunächst immer noch recht gute Konjunktur ermöglicht zudem vielfach die Überwälzung der im Vorjahr so kräftigen Verteuerung der Importe auf die Konsumentenpreise. Und schließlich steigen die Lohnstückkosten spürbar. Wenn heuer trotzdem mit einer Verlangsamung des Preisauftriebs gerechnet werden kann, dann basiert dies auf allmählich sinkenden Importpreisen, dem Abflauen des konjunkturellen Booms sowie der inflationsdämpfenden Wirkung von Deregulierungen. In der jüngsten Entwicklung der Erzeugerpreise ist eine derartige Tendenz bereits angelegt. Die **Konsumentenpreise** dürften im Jahresdurchschnitt um knapp 4% steigen.

Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2002

Als **weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen** werden unterstellt: In den **USA** steigt das reale Bruttoinlandsprodukt um ca. $2\frac{3}{4}\%$. Nachfrage und Produktion nehmen in **Japan** um annähernd $1\frac{1}{2}\%$ zu. In **Mitteleuropa** expandiert die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um rund $3\frac{1}{2}\%$. In **Westeuropa**, in der EU und im Euro-Raum erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt neuerlich um etwa $2\frac{1}{2}\%$; in Deutschland dürfte die Rate niedriger liegen. Der Preis für **Rohöl** beträgt im Jahresdurchschnitt reichlich 25 US-Dollar pro Barrel. Die Preise für **Industrierohstoffe** (ohne Öl) entsprechen etwa dem Niveau von 2001. Der **Wechselkurs des Euro** liegt im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 0,95 bis

Arbeitslosenquote

Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

1,05 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** expandiert um ungefähr $7\frac{1}{2}\%$.

In den **Niederlanden** nehmen Nachfrage und Produktion zunächst eher verhalten zu und weisen erst im weiteren Verlauf des Jahres leicht beschleunigt aufwärts. Dann sind wieder stärkere Impulse von der Auslandsnachfrage zu erwarten. Auch kommen leichte Anstöße von der Geldpolitik. Die 2001 so kräftigen Anregungen seitens der Finanzpolitik verblassen indes. Die gesamtwirtschaftlichen Spannungen lassen sich noch bis weit in das Jahr hinein allmählich nach, ohne allerdings zu verschwinden. Dazu ist die vermutlich mit ca. 3% immer noch über dem Zuwachs des Produktionspotentials liegende Expansion des **realen Bruttoinlandsprodukts** zu hoch. Damit bleibt die Arbeitslosenquote niedrig. Der Preisauftrieb verlangsamt sich zunächst noch. Die Leistungsbilanz weist weiterhin ein Aktivum aus.

Der **Export** von Gütern und Dienstleistungen (rund $+6\frac{1}{4}\%$) wird erneut die höchste Zuwachsrate aufweisen. Er erhält zunehmend kräftiger werdende Impulse zunächst vor allem aus außereuropäischen Regionen – besonders aus den Vereinigten Staaten und aus Südostasien –, aber bald auch aus Westeuropa, wenn dort der Lageraufbau langsam wieder in Gang kommt und die Erzeugnisse der niederländischen Grundstoffchemie verstärkt nachgefragt werden. Die Erholung wäre allerdings lebhafter, wenn die weitere Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar, dem Pfund Sterling und vermutlich auch dem Yen nicht bremsen würde; die positive Kehrseite hierzu ist eine Verbilligung des Imports. Die Einfuhr dürfte etwas rascher als die Ausfuhr expandieren. Bei weiter verbesserten Terms of Trade dürfte die **Leistungsbilanz** einen etwas höheren Überschuss als im Vorjahr aufweisen.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** dürften um etwa 4% zunehmen, im späteren Verlauf des Jahres also deutlich beschleunigt. Das gilt hauptsächlich für die Ausrüstungsinvestitionen.

Sie werden stimuliert durch niedrigere Zinsen, günstiger beurteilte Absatz- und Ertragsaussichten, von einem immer noch ziemlich hohen Niveau aus steigender Auslastung der Kapazitäten sowie die noch zunehmende Notwendigkeit, den erheblichen Lohnkostendruck durch verstärkte Rationalisierung aufzufangen. Nach und nach wird auch wieder mehr in die Erweiterung der Anlagen investiert. Hiervon besonders, aber auch von vermehrten Bürobauteilen wird der gewerblich-industrielle Bau angeregt. Der öffentliche Bau nimmt etwa im Rhythmus des Vorjahres zu. Demgegenüber dürfte sich der Wohnungsbau trotz gesunkener Zinsen am Rande der Stagnation bewegen. Hierfür sprechen demographische Gründe und Marktversorgung, aber auch die hohe Verschuldung der privaten Haushalte.

Der **private Konsum** expandiert vermutlich um etwa $2\frac{3}{4}\%$. Die realen verfügbaren Einkommen steigen etwas langsamer als im Vorjahr, weil der Steuereffekt entfällt. Die Beschäftigung wird in wenig verändertem Tempo ausgeweitet. Die privaten Haushalte dürften ihre Finanzen zunächst weiter zu konsolidieren suchen. Dies wird umso leichter fallen, als deren Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern nach dem vorangegangenen Konsumboom sehr gut ist. Der **öffentliche Verbrauch** dürfte sich wiederum um etwa $2\frac{1}{2}\%$ erhöhen.

Auf dem **Arbeitsmarkt** ändert sich die Lage bei neuerlich um ca. $1\frac{1}{2}\%$ zunehmender Beschäftigung und weiter steigender Erwerbsbeteiligung wenig. Die Arbeitslosenquote wird wohl bei knapp $2\frac{1}{2}\%$ verharren.

Der Preisauftrieb verlangsamt sich in der Grundtendenz zunächst weiter. Die noch nach 2002 hineinreichende konjunkturelle Abkühlung, niedrigere Importpreise sowie – von der weiter steigenden Ökosteuer abgesehen – keine nennenswerten Anhebungen indirekter Steuern und administrativer Preise wirken retardierend. Im Schnitt des Jahres dürften die **Konsumentenpreise** um gut $2\frac{1}{2}\%$ über dem Niveau von 2001 liegen, zumal der vorjährige Basiseffekt (Erhöhung der Mehrwertsteuer) nun entfällt.

Abgeschlossen am 9. Februar 2001